

TTIP: Kultur und Transparenz

Von Bernd Lange (MdEP), Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel des Europäischen Parlaments

Die Verhandlungen zwischen der EU und den USA zu einem Handelsabkommen (TTIP - Transatlantic Trade and Investment Partnership) sind die mit Abstand kontroversesten in der Geschichte der EU-Handelspolitik. Innerhalb der EU wird die Debatte besonders heftig in Deutschland geführt. Dass ein Handelsabkommen überhaupt solch ein Interesse entfacht, liegt nicht zuletzt an dem inhaltlichen Umfang. Nicht nur Zollbarrieren, sondern auch sogenannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse, gemeinsame Standardsetzungen und weitere Regularien stehen auf dem Programm. Dies ist für Handelsabkommen Neuland, und stößt bei vielen Menschen auf gehörige Skepsis. Die Sorgen und Befürchtungen gilt es ernst zu nehmen.

Beim Thema TTIP läuten besonders bei vielen Kulturschaffenden die Alarmglocken. Viele sorgen sich um die kulturelle Vielfalt in Europa und sehen deren Fortbestand durch ein mögliches Abkommen gefährdet. Zu nennen sind hier zum Beispiel europäische Formen der Kulturförderung, Buchpreisbindung, reduzierte Mehrwertsteuer, Urheberrecht oder Filmförderung - so ist der deutsche Film bis zu 40 Prozent abhängig von staatlicher Förderung. Während Kultur in Europa ein öffentliches Gut ist und entsprechend öffentlich finanziert wird, sind in den USA Bücher, Musik, Filme und die entsprechenden Dienstleistungen eher normale Waren, Amazon, Google und Apple u.a. zeigen dies. Die europäischen Formen der Kulturförderung gibt es in den USA so nicht.

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben diese Sorgen und Befürchtungen aufgegriffen und entschlossen gehandelt. So wurde schon vor Beginn der Verhandlungen vor allem auf Druck des Europäischen Parlaments die Sicherung der kulturellen Vielfalt, deren Förderungsmöglichkeiten in der EU und das Nichtverhandeln über audiovisueller Dienstleistungen im Verhandlungsmandat verankert (Resolution vom Mai 2013). Dies wird an sechs Stellen im Mandat deutlich formuliert. Die Buchpreisbindung dient nicht dazu, heimische Produkte gegen ausländische Produkte abzuschotten und ist deshalb auch kein Thema für TTIP.

Trotzdem gibt es ein gehöriges Maß an Misstrauen. So wird z.B. befürchtet, dass die Buchpreisbindung über unklare Definitionen („kulturelle Vielfalt“ / „audiovisuelle Dienste“) doch angetastet werden könnte und US-Unternehmen Bücher unter dem Buchbindungspreis anbieten dürfen. Amazon will jetzt schon eine Ausnahme von der Buchpreisbindung für ihre eBooks. US- Konzerne könnten die europäischen Systeme der Kulturförderung als Wettbewerbsverzerrung interpretieren. Die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (erlassen im Rahmen der GATS) sichert ein Verbot über Kultur und wurde von der EU und allen EU-Regierungen unterzeichnet. Es gibt Befürchtungen, dass die Konvention durch eine Ausnahmeklausel im Rahmen TTIP außer Kraft gesetzt werden könnte. Mögliche geplante Änderung in der UN-Handelsklassifikation könnte außerdem dazu führen, dass audiovisuelle Medien nicht mehr zum Kulturbereich zählen, sondern zur Telekommunikation (dann könnte man auch innerhalb von TTIP wieder über diesen Bereich verhandeln). Und die US-Seite hat schon Versuchsballons zum Zugriff auf den kulturellen Bereich gestartet und hat in den Verhandlungen ein Papier zu audiovisuellen Dienstleistungen und ein Papier zur

privat organisierter Erwachsenenbildung und anderen Bildungsdienstleistungen vorgelegt. Die EU-Kommission hat aber wohl deutlich gemacht, dass sie kein Mandat hat, darüber zu verhandeln.

Doch wie soll man sicherstellen, dass sich die EU-Kommission in den Verhandlungen auch wirklich an die Vorgaben des Mandates hält und die Befürchtungen aus dem Kulturbereich aufgreift? Hier kommen wir zur Transparenz rund um die TTIP Verhandlungen. Es ist zunächst Aufgabe des Europäischen Parlaments, der Kommission auf die Finger zu schauen. Federführend ist hierbei der Ausschuss für Internationalen Handel (INTA) mit Zugang zu Dokumenten und Verhandlungspositionen der EU. Die demokratisch gewählten Vertreter_innen stehen in ständigem Kontakt mit den Verhandlungsführern und vertreten die Interessen der Kulturschaffenden. Ein großes Manko aus meiner Sicht bleibt der Umstand, dass weder das Europäische Parlament, noch der Ministerrat Zugang zu den Dokumenten der US-Seite haben. Ohne über die Forderungen und Positionen der US-Seite informiert zu sein, ist eine vollständige Bewertung der Verhandlungen unmöglich. Seit neustem haben Europaparlamentarier auch Zugang zu den ersten wenigen konsolidierten Vertragstexten, auf die sich die Verhandler der EU und den USA geeinigt haben. Diese sind allerdings nur in speziellen Leseräumen zugänglich. Immerhin gibt es damit auch erstmalig Zugang zu US-Texten, die Art ist aber nicht akzeptabel.

Aber dass Mitglieder des INTA gut über die Verhandlungen informiert sind, kann nicht ausreichend sein. Um eine öffentliche Debatte zu führen, die auf Fakten basiert, bedarf es umfassender Transparenz. Für uns Sozialdemokraten heißt das die Veröffentlichung von grundlegenden Verhandlungsdokumenten. Dazu zählen vor allem das Verhandlungsmandat und Positionspapiere zu allen Verhandlungsbereichen. Nur so kann sichergestellt werden, dass Klarheit darüber herrscht, was in TTIP verhandelt wird und was nicht. Und vor allem wohin die Reise führen soll. Nur so kann die Zivilgesellschaft informiert und beteiligt sein.

Ein besonders kritischer Punkt im TTIP-Verhandlungsprozess ist die Frage des Investitionsschutzes und der Ausgestaltung. Einige wollen, dass ein Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (engl.: Investor-State Dispute Settlement - ISDS) Teil des Abkommens wird. Dies würde es Investoren ermöglichen, die EU oder Mitgliedstaaten jenseits vom normalen juristischen Verfahren vor intransparenten internationalen Schiedsgerichten direkt auf Entschädigung für entgangene Gewinne zu verklagen. So würde es privaten Investoren ermöglicht, gegen von souveränen Staaten erlassene Gesetzgebung auch in den wichtigen Bereichen Gesundheit, Umwelt oder Verbraucherschutz sowie ggf. im Bereich der kulturellen Vielfalt vorzugehen. Oft reicht aber auch allein die Androhung einer Klage, um Gesetzgebung zu verhindern oder zu verwässern. ISDS zwischen Staaten mit zuverlässigen und entwickelten Rechtssystemen wie im Falle von TTIP ist aus Sicht der Sozialdemokraten deshalb abzulehnen.

Der NSA-Skandal hat das Vertrauen zu dem Handelspartner USA nachhaltig beeinträchtigt. Eine Vorbedingung für den Abschluss eines Handelsabkommens mit den USA ist eine Vereinbarung gesonderter Art, die den Datenschutz sichert und die ungezügelter Aktivitäten der Geheimdienste beendet. Datenschutz ist gerade im kulturellen Bereich zentral.

Unsere Forderungen, von denen ich hier nur einige nenne konnte, werden wir in Verhandlungs- und Ratifizierungsprozess einfließen lassen. Denn ein ausgehandeltes Abkommen muss in jedem Fall vom Europäischen Parlament ratifiziert werden. Wir Sozialdemokraten_innen loten Chancen und Probleme aus und knüpfen daran die Entscheidung. Dass Sozialdemokraten_innen im Europäischen Parlament ihr Recht bei Handelsabkommen auch Nein zu sagen, sehr ernst nehmen, hat die von ihnen geführte Ablehnung des ACTA-Abkommens (Schutz geistigen Eigentums im digitalen Bereich) gezeigt, dem das Europäische Parlament wegen inhaltlicher Schwächen und Webfehler seine Zustimmung verweigerte und es damit scheitern ließ, was bisher in keinem nationalen Parlament geschah. Das Europäische Parlament ist hier das demokratische Gewissen der EU. Die EU-Kommission ist also bestens beraten, die Forderungen und Bedenken zu beachten. Andernfalls gefährden sie die Zukunft eines Abkommens, welches zurzeit ja nur in den Köpfen der Verhandler besteht.

Bisher haben Verhandlungen kaum Fortschritte gemacht und sind ernüchternd. In vielen Bereichen haben die US-Unterhändler sich überhaupt nicht bewegt. Die USA müssen aber bezüglich der europäischen Vorstellungen im kulturellen Bereich und beim europäischen Modell des Sozialstaates und der Teilhabe mehr auf die EU zugehen, damit die Verhandlungen nicht scheitern. Wir Sozialdemokraten werden nach der Einrichtung einer neuen EU-Kommission und den Kongresswahlen in den USA im November eine kritische Bewertung der Verhandlungen vornehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden. Sollte ein umfassendes Abkommen aufgrund der beschriebenen Hindernisse nicht möglich sein, gilt es pragmatisch zu handeln. Dann sollte die Möglichkeit ausgelotet werden, TTIP abzuspecken, um sich auf einzelne traditionelle Handelsbereiche zu konzentrieren. Grundlegende Werte dürfen nicht wirtschaftlichen Interessen geopfert werden. Ein gutes Handelsabkommen muss das nachhaltige Wirtschaften stärken und das Gemeinwohl fördern.